

# Freiheit vs. Sicherheit – Wieviel Überwachung brauchen wir?

Zusammenfassung der Stammtischergebnisse vom 18.10.2017

Am 18. Oktober fand der zweite Offene Stammtisch von Die Demokratieverstärker i.G. zu o.g. Thematik statt. Die folgenden Zeilen beschreiben stickpunktartig, was von den Teilnehmern besprochen wurde.

Zu Beginn des Stammtisches waren sich alle Teilnehmer darüber einig, dass sich ihr persönliches Sicherheitsgefühl in den vergangenen Jahren nicht verschlechtert hat. Dass aber im Gegenzug die gefühlte Verunsicherung innerhalb der Freundes- und Bekanntenkreise zugenommen habe.

Es wurde sich mit drei Anwendungsbereichen des großen Komplexes „Sicherheit“ näher befasst:

1. Misstrauen gegenüber staatlichen Exekutivinstitutionen
2. Freiheit contra Videoüberwachung
3. Staatstrojaner + Schleierfahndung

## Misstrauen gegenüber staatlichen Exekutiv-Einrichtungen (vor allem Polizei, Geheimdienst und Grenzschutz)

- Besonders Vorfälle wie die NSU-Mordserie und die Vorfälle bei G20 waren Teil der Debatte. Sie haben die TN stark irritiert. Die Tatsache, dass am rechts- und linksextremen Rand der politischen Agenda ohne Wissen von Polizei und Geheimdienst solche augenscheinlich geplanten Gewalttätigkeiten möglich sind, führte zu Verunsicherung.
- Ein weiterer Punkt war das Unverständnis zu der ungewöhnlichen Länge des NSU-Prozesses und der augenscheinlich immer noch ungeklärten Frage, welche Rolle Kriminalpolizei, BND und V-Männer bei der Mordserie und der nachherigen Tötung von Teilen des NSU wirklich spielten.

## Freiheit contra Video-Überwachung

- Allen TN war klar, dass ein Mehr an Überwachung immer ein Weniger an Freiheit bedeutet.
- Es wurde angemerkt, dass eine flächendeckende Videoüberwachung nicht vereinbar sei mit unseren Grundwerten. Dass aber eine gezielte Anwendung an neuralgischen Orten (wie an Verkehrsknotenpunkten) durchaus Sinn macht.

An der Videoüberwachung gab es aber auch mehrere Kritikpunkte:

- Videoüberwachung verhindert keine Verbrechen.
- Da sie im öffentlichen Raum stattfindet, betrifft sie nahezu nur unverdächtige Personen und ist somit meistens nicht gerechtfertigt.

- Verwendung und sichere Aufbewahrung der gesammelten Daten wird als generell problematisch eingeschätzt.
- Alle Teilnehmer bewerten die Gefahr des Datenmissbrauchs als zu hoch.
- Das Vertrauen in die Datensicherheit durch den Staat ist für die TN nicht gegeben (siehe als Bsp. nicht abgewehrte Hackerangriffe auf Rechner im Bundestag).
- Es wird befürchtet, dass vom Staat gesammelte Daten generell an nicht befugte Dritte wie Wirtschaftsunternehmen gelangen können, die diese dann für ihre Zwecke missbrauchen.

### **Staatstrojaner + Schleierfahndung**

- Auch hier ist allen TN das Verhältnis zwischen Aufwand, Gefahr des Datenmissbrauchs und tatsächlicher Verhinderung von Straftaten nicht klar
- Dadurch dass der Staat die Software geheim auf Rechner spielt oder Bürger ohne ersichtlichen Grund überprüft, stellt das für alle einen Eingriff in ihre Privatsphäre dar.
- Durch diesen geheimen Vorgang ist auch die gebotene Transparenz staatlichen Handelns nicht mehr gegeben.
- Wie auch beim Videobeweis scheint hier die Verhältnismäßigkeit der Aktion und die tatsächliche Datensicherheit nicht gegeben zu sein.

In der **Zusammenschau** waren sich die Teilnehmer einig, dass sie sich anstatt einer Einführung von flächendeckender Video- und Computerüberwachung Folgendes wünschen würden:

- mehr Geld für tatsächliche Polizeiarbeit
- Drastische Erhöhung der Besoldung für IT-Fachleute im öffentlichen Dienst, damit auch wirkliche Spezialisten finanzielle Anreize haben, von der Wirtschaft in den Staatsdienst zu wechseln (Ausbau der Fachkompetenz in der IT, Verbesserung Datensicherheit, Schutz vor Hacking).
- Anstatt Verbrechen aufzuklären zu müssen, Verbrechen durch Schul- und Erwachsenenbildung versuchen zu verhindern (Stichwörter „Schulabbrecherquote“, „Beschaffungskriminalität“, „Integration von Jugendlichen mit prekärem Hintergrund in den Arbeitsmarkt“)

Die Frage, die am Ende nur teilweise beantwortet stehen blieb war folgende:

„Was hat sich in den letzten ca. 25 Jahren geändert, dass wir so intensiv über die Frage von Freiheit versus Sicherheit diskutieren müssen?“

Die hierzu diskutierten Gründe waren für alle TN nur bedingt befriedigend, decken aber sicherlich einen Teil der Antwort ab:

- Enthemmung und Verrohung der Kommunikation im Alltag und in den sozialen Netzwerken
- Aufgabe der individuellen Intimsphäre durch die sozialen Netzwerke
- Erweiterung der eigenen Reichweite durch die sozialen Netzwerke
- Rasant gestiegene Informationsdichte zu (leider) allen Lebensbereichen durch Medien und Internet
- Verbreiterung der sozialen Schere

...und weil wir in unseren Antworten häufig als Grund „Soziale Medien“ und „Internet“ gefunden haben, behandeln wir im nächsten Stammtisch das Thema

### **Internet und Big Data – Feinde der Demokratie?**

**Offener Stammtisch im November** (aufgrund der Bürgerversammlung am 15.10.2017 ausnahmsweise nicht am 3. Mittwoch des Monats)

Mittwoch, 29. Oktober 2017 – 20:00 Uhr – Wirtshaus Zinners, Köglweg 5, 82024 Taufkirchen